

## Vorlage-Nr. 13/2746

**öffentlich**

**Datum:** 15.02.2013  
**Dienststelle:** Fachbereich 12  
**Bearbeitung:** Frau Bloschak

**Ausschuss für Personal und 11.03.2013 zur Kenntnis  
allgemeine Verwaltung**

Tagesordnungspunkt:

**Ergebnis der Umfragen zum Migrationshintergrund bei den Auszubildenden des LVR**

Kenntnisnahme:

Das Ergebnis der Umfragen zum Migrationshintergrund bei den Auszubildenden des LVR wird gemäß Vorlage 13/2746 zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

v o m S c h e i d t

## **Zusammenfassung:**

Der LVR möchte verstärkt bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst werben. Nach in den letzten drei Jahren durchgeführten Umfragen bei den Auszubildenden des LVR wurden im Vergleich zu anderen öffentlichen Verwaltungen überdurchschnittlich viele Jugendliche mit Migrationshintergrund beim LVR ausgebildet. Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der Auszubildenden mit Migrationshintergrund im LVR-Klinikverbund eine Ausbildung in der Pflege absolviert. In Zukunft sollen Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders für die Verwaltungsberufe gewonnen werden.

## **Begründung der Vorlage 13/2746:**

### **1. Hintergrund der Umfragen**

Vor dem Hintergrund der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes - sie wurde zuletzt Anfang 2012 durch das vom Landtag NRW verabschiedete Integrations- und Teilhabegesetz bekräftigt - und der Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Ausbildungsmarkt ist es aus Sicht des LVR-Fachbereiches Personal und Organisation notwendig, junge Menschen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung beim Landschaftsverband Rheinland zu gewinnen.

Hierfür spricht insbesondere auch, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund größtmäßig einen bedeutenden Bevölkerungsanteil abbilden. So hatte in Nordrhein-Westfalen jede bzw. jeder vierte (26,2%) der rund zwei Millionen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2010/2011 und jedes dritte der unter fünfjährigen Kinder ausländische Wurzeln bzw. einen Migrationshintergrund. Das Schulministerium NRW geht davon aus, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch in Zukunft weiter wachsen wird.

Ende 2009 stellte sich im LVR-Fachbereich Personal und Organisation aufgrund der sich damals bereits abzeichnenden demografischen Entwicklung die Frage, wie viele der Auszubildenden des Landschaftsverbandes Rheinland einen Migrationshintergrund aufweisen. Nach vorliegenden Personalstammdaten stand zwar die Zahl der Auszubildenden mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit fest, es lagen aber keine Informationen darüber vor, wie viele Auszubildende darüber hinaus einen Migrationshintergrund hatten. Aus diesem Grunde plante der LVR-Fachbereich Personal und Organisation, bei den Auszubildenden des gesamten Landschaftsverbandes eine Befragung zum Migrationshintergrund durchzuführen.

Zunächst war eine Befragung aller Auszubildenden im Sommer 2010 (also aller drei Einstellungsjahrgänge 2007/2008/2009) in Planung. Daran anschließend sollten jedes Jahr die Angehörigen des jeweils neu eingestellten Ausbildungsjahrgangs befragt werden, um ggfs. mögliche neue Entwicklungen erkennen zu können.

### **2. Umfrageverfahren**

Da es sich bei Fragen nach einem Migrationshintergrund um sehr persönliche Fragen handelt, stand von Anfang an fest, dass die Befragung anonym, auf freiwilliger Basis und in schriftlicher Papierform erfolgen sollte. Hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Belange wurde das geplante Umfrageverfahren im Vorfeld mit dem Datenschutzbeauftragten des LVR abgestimmt. Dieser bat darum, dass alle ausgefüllten Fragebögen in einem verschlossenen Briefumschlag an eine zentrale Stelle im LVR-Fachbereich Personal und Organisation zurückgesendet werden sollten, um auf diesem Wege die Anonymität der teilnehmenden Personen zu gewährleisten. Dieses Procedere schloss allerdings eine Auswertung nach Dienststellen - sowie nach den wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen des LVR - aus, was bezogen auf den Untersuchungsgegenstand sicherlich von hohem Interesse gewesen wäre.

Die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung ist im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit über die Befragung selbst und später auch noch über die Befragungsergebnisse informiert worden.

Der Begriffsbestimmung „Personen mit Migrationshintergrund“ liegt die Definition des Statistischen Bundesamtes zu Grunde, wonach zu den Menschen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ zählen. Unter diese Definition fallen auch Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie deren Kinder.

Der Fragebogen lehnt sich an einen bereits seit Jahren von der Stadt Köln verwandten Fragebogen zum Migrationshintergrund an und enthielt insgesamt folgende Fragen:

1. Waren Sie vor Ihrer deutschen Staatsangehörigkeit im Besitz einer ausländischen Staatsangehörigkeit? ja  nein
2. Besitzen Ihre Mutter und/oder Ihr Vater eine ausländische Staatsangehörigkeit? ja  nein
3. Sind Sie als Aussiedlerin/Aussiedler oder als Kontingentflüchtling nach Deutschland gekommen? ja  nein
4. Wie viele Jahre leben Sie bereits in Deutschland und aus welchem Ursprungsland kommen Sie? \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

### 3. Umfrageergebnisse

Die Auswertung der Ergebnisse erfolgte mit Unterstützung eines für statistische Auswertungen verantwortlichen Mitarbeiters des LVR-Dezernats Finanz- und Immobilienmanagement. Dabei stellte sich heraus, dass man aufgrund des geringen Rücklaufs an Fragebögen im Herbst 2010 kein repräsentatives Ergebnis erhalten hat. Gleichwohl soll das Ergebnis der Vollständigkeit halber auch vorgestellt werden:

Ausbildungsjahrgänge	Umfragebeteiligung	Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund
2007-2009 (723 Personen)	37,9 %	35,7 %
2010 (253 Personen)	30,7 %	30,7 % ( <i>keine repräsentative Stichprobe!</i> )
2011 (249 Personen)	41,9 %	18,3 %
2012 (239 Personen)	43,5 %	22,9 %

Insgesamt ist der Anteil der Auszubildenden, die nach dem Ergebnis der Umfrage einen Migrationshintergrund aufweisen, relativ hoch. In der fachöffentlichen Diskussion geht man für den Bereich des öffentlichen Dienstes von einem Anteil von ca. 10 % bis 13 % aus.

Es ist wahrscheinlich, dass die meisten Auszubildenden mit Migrationshintergrund aus dem Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege der zehn LVR-Kliniken stammen. So machten zum Stichtag 01.10.2012 576 (43%) der 1340 LVR-Auszubildenden eine Ausbildung im Gesundheits- und Pflegedienst. Als Indikator für einen erhöhten Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund in den Pflegeberufen könnte zudem gelten, dass ungefähr 35 % der Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit des LVR im Pflegebereich der LVR-Kliniken tätig sind.

Im Gegensatz dazu ist die Annahme wahrscheinlich, dass der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in den Verwaltungsberufen gering ist, da lediglich 1 % der Beschäftigten in der LVR-Zentralverwaltung eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt. In der Fachdiskussion wird ein Grund für den geringen Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung z.B. darin gesehen, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund die öffentliche Verwaltung mangels Vorbilder im sozialen Umfeld nicht als Arbeitgeber wahrnehmen und zu wenige Kenntnisse über die Ausbildungsangebote in den Verwaltungsberufen besitzen.

#### **4. Schlussfolgerungen**

Der LVR-Fachbereich Personal und Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, Jugendliche mit Migrationshintergrund besser über die Ausbildungsmöglichkeiten in den Verwaltungsberufen des LVR zu informieren.

Als ein erster Schritt wurde in den Flyern des Ausbildungsbereiches der Zusatz aufgenommen, dass Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund willkommen sind, um diese Zielgruppe zu einer Bewerbung zu ermutigen.

Zudem nehmen seit dem letzten Jahr die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ausbildungsteams gezielt an Ausbildungsbörsen für Jugendliche mit Migrationshintergrund teil, da vor allem im persönlichen Kontakt bestehende Hemmschwellen der Jugendlichen bzgl. einer Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung abgebaut werden können.

Auf Vorschlag des LVR-Fachbereichs Personal und Organisation werden im kommenden Frühjahr Studierende der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW im Rahmen eines Projektstudiums das Thema „Anwerbung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung und berufliche Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung“ intensiv bearbeiten. Es ist beabsichtigt, die Ergebnisse dieser Projektarbeit bei der Nachwuchsrekrutierung junger Menschen mit Migrationsgeschichte zu nutzen.

In Vertretung

v o m   S c h e i d t